

Stand: 27.08.2019 20:11 Uhr - Lesezeit: ca.2 Min.

Bau A26 Ost: Nabu stellt Befangenheitsantrag



Der Nabu Hamburg protestiert in der Innenstadt gegen den Bau der A26 Ost.

Die Kritik am Bau der Autobahnquerverbindung durch das Hamburger Hafengebiet - A26 Ost - verschärft sich. Natur- und Umweltschützer haben am Dienstag gegen die Pläne demonstriert. Sie waren zu

dem Veranstaltungsort in der Innenstadt gekommen, wo die Wirtschafts- und Verkehrsbehörde ihre Erörterungen der Einwände gegen den ersten Bauabschnitt des Projekts startete. Dabei haben die Mitglieder des Naturschutzbundes Hamburg (NABU) einen Befangenheitsantrag gegen Mitarbeiter der Planfeststellungsbehörde eingereicht. Diese können laut Nabu nicht unabhängig entscheiden, weil sie zur Verkehrsbehörde gehören, die den Autobahnbau für den Bund umsetzt.

Nabu demonstriert gegen Hafenausbahn

Anschließend haben die Nabu-Mitglieder die Erörterungssitzung verlassen. Malte Siegert vom Nabu sprach von einer aufgeheizten Stimmung. Das Treffen sei danach jedoch trotzdem weitergegangen. "Obwohl die Parteien eigentlich gleichberechtigt sind, wird nicht auf Augenhöhe verhandelt", beklagt Siegert. Wegen fehlender Unterlagen hätten sich die Naturschützer nicht

ausreichend vorbereiten können. Die Planfeststellungsbehörde habe sichtlich kein Interesse an Erkenntnisgewinn.

Verkehrsbehörde wartet ab

Über den Befangenheitsantrag entscheidet nun die Verkehrsbehörde. Diese wollte den Vorwurf nicht kommentieren und stattdessen die Entscheidung der hauseigenen Rechtsabteilung abwarten. Inzwischen fordern auch die Hamburger Grünen, das seit Jahrzehnten geplante Autobahnprojekt nochmal zu überprüfen. Es sei fraglich, ob man wenige Kilometer nach der Köhlbrandbrücke eine zweite Querung über die Süderelbe brauche. In ihrem Koalitionsvertrag mit der SPD von 2015 hatten die Grünen allerdings dem A26-Bau zugestimmt.

Umweltschützer drohen mit Klage

Am Montag hatte der Nabu den Senat aufgefordert, die Planungen für die A26 Ost durch Moorburg und Wilhelmsburg auf Eis zu legen. Die Umweltschützer drohen mit einer Klage gegen das Bauprojekt, sollten ihre Einwendungen gegen das Projekt von der Wirtschafts- und Verkehrsbehörde nicht anerkannt werden.